
Von der Weltausstellung zur Weltwirtschaftskrise – Wien als Finanzzentrum des Donauraumes 1870 bis 1930*

Franz Vranitzky

Die sechs Jahrzehnte von 1870 bis 1930 umfassen in wirtschaftshistorischer Perspektive zwei vollkommen unterschiedliche Epochen, die durch den Ersten Weltkrieg voneinander getrennt sind. Bis 1918 war Wien die aufstrebende Metropole eines in Industrialisierung begriffenen Reiches von über 50 Millionen Einwohnern und bildete das administrative und finanzielle Zentrum der österreichischen Reichshälfte. Wien erfüllte – nach den Worten eines zeitgenössischen Wirtschaftsjournalisten – die „bürgerlichen Funktionen“ für die übrigen Regionen des Habsburgerreiches¹.

Die Geschichte der Stadt in der Zwischenkriegszeit ist hingegen geprägt vom zunehmenden Verlust dieser – nun transnationalen – „bürgerlichen“ Funktionen und von der ungemein schwierigen Anpassung an die neu entstandene Situation im Donauraum.

1930 – am Endpunkt unserer Betrachtung – hatte die Weltwirtschaftskrise eben eingesetzt. Wenige Jahre später sollte das Sozialprodukt auf einen Wert fallen, der des Jahres 1905 entsprach. Bereits 1929 war die Bodenkreditanstalt (die Bank des ehemaligen Kaiserhauses) in Schwierigkeiten geraten. Sie wurde unter dem Druck der Regierung mit der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe fusioniert. 1931 schlitterte die „Rothschildbank“ – wie die Creditanstalt damals genannt wurde – selbst in eine tiefe Krise und mußte staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Krise der Creditanstalt bildete den Höhepunkt eines beispiellosen Kontraktionsprozesses im Wiener Bankwesen, in dessen Verlauf von den zehn Großbanken des Jahres 1913 nur noch drei übrigblieben².

Das Jahr 1870 hingegen fiel in die Blütezeit einer Epoche, die ein anglo-ungarischer Historiker mit dem Begriff „the age of capital“ charakterisiert hat³. In diesem Jahr sanktionierte Kaiser Franz Joseph

* Vortrag von Bundesminister für Finanzen Franz Vranitzky im Rahmen der Ausstellung „Traum und Wirklichkeit“ im Wiener Künstlerhaus am 23. September 1985

den Plan zur Abhaltung einer Weltausstellung in Wien im Jahr 1873. In den Weltausstellungen, die seit dem Jahr 1851 in regelmäßigen Abständen stattfanden, manifestierte sich der neue bürgerliche Wirtschaftsgeist. Man hat die Zeit zwischen 1848 und 1873 auch als das Zeitalter der Eisenbahn bezeichnet. Der Eisenbahnbau zog einen Aufschwung im Kohlenbergbau, in der Eisenerzeugung und in nachgelagerten Industrien, wie dem Maschinenbau, nach sich. Vor allem aber brachte die Eisenbahn Menschen und Märkte einander näher. 1830 benötigte man für die Reise von Wien nach Brünn noch zwei bis drei Tage. Vier Jahrzehnte später reiste, wie uns Jules Vernes berichtet, Phileas Fogg in 80 Tagen um die Welt.

Auch in der Donaumonarchie hatte der neue Geist Einzug gehalten: Die Revolution von 1848 war zwar besiegt worden, doch schon das neoabsolutistische Regime legte auf wirtschaftlichem Gebiet großen Reformeifer an den Tag. 1867 schließlich übernahm das sogenannte „Bürgerministerium“ die Regierungsgeschäfte. Im selben Jahr begann, ausgelöst durch die stimulierende Wirkung der „Wunderernte“ in Ungarn auf den Eisenbahnbau, eine Periode der Hochkonjunktur, die unter der Bezeichnung „Gründerzeit“ in die Geschichte eingegangen ist. In diesen Tagen spielte die Wiener Börse zum ersten und letzten Mal eine zentrale Rolle im Wirtschaftsleben der Monarchie.

Vor 1867 hatte die Wiener Börse ein Schattendasein geführt. Sie war zwar bereits zur Zeit Maria Theresias gegründet worden, doch gab es – abgesehen von Staatsobligationen und Losanleihen der Aristokratie – wenig, womit man hätte spekulieren können. Die Aktiengesellschaft als neue Form der Kapitalassoziation war in der Donaumonarchie noch weitgehend unbekannt: An der Pariser Börse waren Mitte der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts die Aktien von über 160 Industrie- und Verkehrsunternehmen notiert. Die Vergleichszahl für Wien lautete 11⁴.

Aber nicht allein der Mangel an anlagebarem Kapital war für diesen Rückstand verantwortlich. Die Emissionen der ersten Eisenbahngesellschaften wurden regelmäßig überzeichnet, bei den ersten Anzeichen einer Wirtschaftskrise aber ebenso rasch wieder abgestoßen. Was vor allem fehlte, war das Vertrauen in eine Verstetigung des Wachstums. Es blieb einem der faszinierendsten Persönlichkeiten des Neoabsolutismus, Finanzminister Karl Freiherr von Bruck, vorbehalten, eine wirtschaftspolitische Wende herbeizuführen und dem neu erwachten ökonomischen Elan eine gewissermaßen institutionelle Stütze zu geben.

Rudolf Hilferding hat in seinem Buch über das „Finanzkapital“ den Emissionskredit der Banken etwas bissig als „das mehr oder weniger begründete Vertrauen des Publikums“ definiert, von der Bank bei der Plazierung neuer Aktien „nicht beschwindelt zu werden“.⁵ Brucks Vorhaben zielte über eine solche Sichtweise des Bankproblems weit hinaus. Die auf seine Initiative im Jahr 1855 ins Leben gerufene „k. k. privilegierte Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ war als Gründungsbank konzipiert, deren Emissionskredit dazu dienen sollte, die wirtschaftliche Rückständigkeit der Donaumo-

narchie zu beheben. In der Creditanstalt spielte von Anfang an das Bankhaus Rothschild eine wichtige Rolle. Ihr Vorbild, der Pariser *Crédit Mobilier* hingegen entstammte der Gedankenwelt des utopischen Sozialismus⁶.

Die Gründung der Creditanstalt lenkte die Aufmerksamkeit auf die neuralgischen Punkte im Wirtschaftsleben der Monarchie. Die gesamte zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch die Herausbildung der materiellen und finanziellen Infrastruktur als der Voraussetzung für eine erfolgreiche Industrialisierung – ein Prozeß, der ohne das „learning by doing“ der Creditanstalt und ihrer bald auftauchenden Konkurrenten ungleich schwerer zu bewältigen gewesen wäre.

In der Gründerzeit schossen *Crédit-Mobilier*-Banken in Wien wie Pilze aus dem Boden. Von diesen wiederum wurden in den sieben Jahren von 1867 bis 1873 Hunderte von Aktiengesellschaften ins Leben gerufen, die oft nicht mehr repräsentierten als das Papier, auf dem die Aktien gedruckt waren. Am 9. Mai 1873, acht Tage nach der Eröffnung der Weltausstellung, trat der große Börsenkrach ein. Die meisten der neugegründeten Aktiengesellschaften und Banken verschwanden wieder von der Bildfläche. Jene Kreditinstitute allerdings, die die Krise überlebten, errangen später große Bedeutung – so die Ungarische Allgemeine Kreditbank, eine Gründung Rothschilds und der Creditanstalt, der Wiener Bankverein, der im Jahr 1872 die märchenhafte Dividende von 80 Prozent zur Auszahlung gebracht hatte, die Unionbank und andere. Eine der wichtigsten Banken der Monarchie, die Österreichische Länderbank, wurde erst 1880 ins Leben gerufen. Auch bei ihrer Gründung stand, ähnlich wie im Fall der Creditanstalt, ein Finanzminister Pate. Diesmal war es der konservative polnische Ökonom Julian Ritter von Dunajewski⁷.

In der Gründerzeit hatten die Wiener Banken wesentlichen Anteil am Ausbau des Eisenbahnnetzes in Österreich (Österreich immer im Sinne von Cisleithanien) und Ungarn genommen⁸. Sie hatten sich darüber hinaus auch an einer Reihe von Industrie Gründungen beteiligt. In den auf den Krach von 1873 folgenden Depressionsjahren begann eine neue Periode im Wiener Kreditwesen: Die Banken zogen sich von der langfristigen Industriefinanzierung fast vollkommen zurück und wandten ihr Hauptaugenmerk dem Anleihegeschäft mit dem Staat zu. Sieht man von der Konstituierung der Alpine-Montan-Gesellschaft durch die Länderbank im Jahr 1881 ab, so vollzogen sich die Industrie Gründungen sporadisch und meist auf unfreiwilliger Basis – immer dann, wenn kurzfristige Kredite einfroren und die Gefahr eines völligen Verlustes der Forderungen bestand. Im allgemeinen waren die Industriefirmen jedoch in den beiden Jahrzehnten, die dem Gründerkrach folgten, auf das Mittel der Selbstfinanzierung angewiesen⁹.

Dennoch leisteten die Wiener Banken (und die zumeist in Wien beheimateten privaten Anleger) auch in dieser Periode einen wichtigen Beitrag zur Industrialisierung der Monarchie, indem sie fast zwei Drittel der zwischen 1873 und 1893 emittierten ungarischen Staatspapiere übernahmen. Mit diesen Mitteln finanzierte der ungarische Staat den

Ausbau der Infrastruktur, und es kann kaum als Zufall gewertet werden, daß damals die ungarische Volkswirtschaft ein signifikant rascheres Wachstum aufwies als die cisleithanische¹⁰. Das Argument, Wien habe sich auf Kosten der unterentwickelten Regionen der Monarchie bereichert, scheint eher für die vorkapitalistische Zeit zuzutreffen. Heute vertreten sogar osteuropäische Historiker die Auffassung, daß dem „Auslandskapital“ (worunter auch das österreichische fällt) eine entscheidende Rolle bei der Industrialisierung Ungarns zugekommen sei¹¹.

Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts setzte eine der längsten und dynamischsten Aufschwungsperioden in der mitteleuropäischen Wirtschaftsgeschichte ein, die bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges dauerte. In diesen drei Jahrzehnten fanden neue Industrien wie die Elektroindustrie, die Chemie und der moderne Maschinenbau Eingang in der Donaumonarchie.

Die Entwicklung neuer Finanzierungstechniken trug entscheidend zur Beschleunigung des Wachstumstempos bei: Die Banken gingen nun dazu über, kurzfristige Kredite zu prolongieren und deren Verwendung zu Investitionszwecken zu dulden. Es war die Erfahrung dieser Epoche, die Joseph Alois Schumpeter 1911 in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ zu einer unkonventionellen Kredittheorie verdichtete. Nach Schumpeter kam der Kreditschöpfung der Banken eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung neuer wirtschaftlicher Kombinationen zu¹².

Schumpeters Theorie stimmte allerdings mit der österreichisch-ungarischen Wirklichkeit nur bedingt überein: Die Wiener Banken wandten sich den innovativen Entrepreneurs in den neuen Industrien nur mit größtem Zögern zu. Sie gaben der Finanzierung eingeführter Unternehmen den Vorzug, wie z. B. der Skodawerke, der Breitfeldschen Maschinenfabrik in Prag, der Berg- und Hüttenwerke in Teschen, der Rimamurayer Eisenwerke in Ungarn, bei deren Fusion der Wiener Bankverein eine wesentliche Rolle spielte, u. a. m.¹³

In den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahmen alle wichtigen Wiener, aber auch die Budapester und Prager Banken den Charakter von *Crédit-Mobilier* – oder, wie das deutsche Wort dafür lautete, Universalbanken – an. Es begann jene Symbiose von Banken und Industrie im Donauraum, die der österreichische Marxist Rudolf Hilferding mit dem Begriff des „Finanzkapitals“ umschrieben hat.

Zwei Zahlen sollen ein Bild von der Dynamik des Prozesses vermitteln. 1890 war die größte Wiener Bank an zwei Industrieunternehmen als Aktionär interessiert. 1913 umfaßte ihr Industriekonzern 86 Aktiengruppen mit Produktionsstätten in allen Regionen der Monarchie. Im Zeitraum 1907 bis 1913 wurde die Hälfte aller Industrie Gründungen unter der Patronanz von Banken durchgeführt. Die Kreditinstitute stellten dabei zwei Drittel des aufgebrauchten Kapitals – zumindest vorübergehend – zur Verfügung¹⁴.

Der Umwandlung der Kreditforderungen in Aktien folgte im allge-

meinen erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Weitergabe ans Publikum. Die Konzernaktien der Banken wurden auf direktem Weg, unter Ausschaltung der Börse, plazierte. Auf diese Weise übernahmen die Kreditinstitute weitgehend jene Funktionen, welche in Westeuropa von der Börse wahrgenommen wurden. „Jede Bank“, hieß es dazu lapidar in einem 1907 erschienenen Lehrbuch, „ist eine Börse“.¹⁵

Die belle époque, wie man die letzten beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg genannt hat, war zugleich Blütezeit und Beginn eines relativen Bedeutungsverlustes des Wiener Finanzplatzes. Die Stellung Wiens blieb auf Grund des historischen Vorsprungs, der zentralstaatlichen Funktionen und der Konzentration privatwirtschaftlicher Verwaltungsgremien weiterhin unangefochten. Die soziale Sonderstellung der Hauptstadt, die sich in einem hohen Anteil des Mittelstandes ausdrückte, machte Wien zum wichtigsten Absatzmarkt für Staatspapiere, Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Vor allem aber betreuten die Wiener Banken die bedeutendsten Industrieunternehmen des Habsburgerreiches, und sie verfügten praktisch über ein Monopol im Kontakt zu den großen westeuropäischen Finanzmärkten.

Dennoch hatten sich die großen ungarischen Aktienbanken schon vor der Jahrhundertwende von der Bevormundung durch Wien emanzipiert. Nach 1900 erwuchs den Wiener Kreditinstituten eine neue Konkurrenz in Gestalt der Živnostenska banka in Prag. Über den engeren tschechischen Rahmen hinaus verfügten die Živnobanka und andere Prager Institute im Jahr 1913 über eine beherrschende Stellung im Wirtschaftsleben der Slowakei und hatten den „Kapitalexport“ in die südslawischen Gebiete der Monarchie sowie nach Serbien aufgenommen.¹⁶

Von einer wirklichen Expansion der Prager oder Wiener Banken über die Grenzen der Monarchie auf den Balkan hinaus kann jedoch – mit Ausnahme des annektierten Bosnien-Herzegowina – vor 1914 kaum die Rede sein. Das rasche wirtschaftliche Wachstum im Inland bot genügend große Möglichkeiten zur gewinnbringenden Investierung, insbesondere in die Erschließung der Randgebiete des Habsburgerreiches: die Erdölförderung Galiziens, die Holzverarbeitende Industrie der Bukowina usw. Marxistische Historiker haben für dieses Phänomen den kniffligen Begriff des „Binnenimperialismus“ erfunden.¹⁷

Während des Ersten Weltkrieges kam das Gründungsgeschäft der Banken völlig zum Erliegen. Die Wiener Börse blieb bis Ende 1916 geschlossen; der Devisenverkehr mit dem Ausland unterlag strengen Kontrollen. Die Hauptaktivität der Wiener Banken bestand in der Mobilisierung und Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Kriegsführung.

Das Auseinanderbrechen der Monarchie, Währungstrennung, Inflation und Verfall der österreichischen Krone stellten die Kreditinstitute vor völlig neue Probleme. Der österreichische Kleinstaat war auch ökonomisch das, was nach den Worten des französischen Staatsmannes Clemenceau, von der Monarchie nach Konstituierung der anderen Staaten „übrigblieb“: ein außenhandelsabhängiges Gebilde mit einer

unorganischen Wirtschaftsstruktur und einem überdimensionierten Verwaltungszentrum, das vielen als „Wasserkopf“ erschien. Die Diagnose der meisten Experten und Politiker lautete: „Lebensunfähig“.

Die einzigen, die optimistisch blieben, waren die Leiter der Wiener Großbanken. Politische Grenzen, meinten sie, müßten nicht unbedingt mit wirtschaftlichen zusammenfallen. Daher werde Wien noch für lange Zeit das finanzielle Zentrum des Donauraums bleiben.¹⁸

Die Schwierigkeiten einer Orientierung am „business as usual“ wurden bereits im Frühjahr 1919 offenbar: In den Nachfolgestaaten, insbesondere in der Tschechoslowakei, galten die Wiener Banken als Exponenten des verhaßten altösterreichischen Zentralismus. Die Bestrebungen der einzelnen Regierungen, die Wirtschaft – wie man es nannte – zu „nationalisieren“, d. h. der Kontrolle des nationalen Unternehmertums zu unterstellen, richteten sich daher vor allem gegen die Wiener Banken und deren Einfluß auf die Industrie.

In den ersten Jahren nach 1918 gingen auf diese Weise die wichtigsten Konzernunternehmen im sogenannten „Neuaußland“ verloren: Skoda; Prager Maschinenbau; Breitfeld, Danek & Co in der Tschechoslowakei; Triester Lloyd, Stabilimento Tecnico Triestino und andere in Oberitalien. Die Bankfilialen wurden entweder verkauft, in bereits bestehende Institute eingebracht oder in eigenständige Banken umgewandelt. Von den über 140 Zweigstellen der Wiener Banken in den Nachfolgestaaten blieben so bis zum Jahr 1924 nur mehr neun übrig, davon als einzig bedeutende die Budapester und Zagreber Filiale des Wiener Bankvereins.

Der Verlust der Filialen und damit der Einlagen und Kreditoren in den Nachfolgestaaten schränkte den potentiellen Aktionsradius der Wiener Banken von vornherein empfindlich ein. Für den Terrainverlust der Banken erwies sich aber ein zweiter Umstand als womöglich noch gravierender: Der rasche Verfall der österreichischen Krone auf den Devisenmärkten in den ersten Nachkriegsjahren stellte die Kreditversorgung der ausländischen Konzernunternehmen in Frage. Dadurch verloren die Banken bis 1923 den kommerziellen Kontakt zu einer Reihe weiterer Industriefirmen. „Sie hatten zunächst“, schrieb ein zeitgenössischer Experte, „nach der Auflösung der Monarchie mit der Bildung eigener Währungen in den Nachfolgestaaten als Kreditgeber überhaupt ausgespielt. In der Inflationsperiode waren die Wiener Banken nicht in der Lage, ausländische Unternehmungen mit Kredit zu versorgen“.¹⁹ Mit anderen Worten: Wien hatte praktisch seine Funktion als Finanzzentrum des Donauraums eingebüßt. Nach der Stabilisierung der österreichischen Währung mußte das Auslandsgeschäft erst mühsam wiederaufgebaut werden.

Die ökonomischen Schwierigkeiten in Österreich selbst taten ein übriges, um die Aktionsfähigkeit der Banken nach außen zu reduzieren. Die Banken wurden wegen ihrer engen Verbindung zur Industrie von der Dauerkrise der Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem Ende der Inflation waren die österreichischen Industrieunternehmen in weitaus größerem Maß als vor dem Ersten Weltkrieg auf den Kredit der

Banken angewiesen. Die meisten größeren Investitionsvorhaben konnten nur mit Hilfe des Bankkredits durchgeführt werden.

Die Abhängigkeit war aber nicht bloß eine der Industrie von den Banken. Die Kreditinstitute selbst waren in viel größerem Ausmaß als vor 1913 am Wohlergehen der Industrieunternehmen interessiert. Denn sie hatten, um sich gegen die Folgen der Geldentwertung abzusichern, ihr Eigenvermögen in Industrieaktien angelegt. Sie taten dies in der Annahme, die Wertpapiere später wieder veräußern zu können. Dies gelang jedoch nur vorübergehend – während der Börsenhausse des Jahres 1923. Als die Spekulation zusammenbrach, waren die Banken gezwungen, die Aktien von Konzernunternehmen zur Kursstützung aufzunehmen.

Die Vernichtung der Ersparnisse in der Inflation und die Stagnation der Börse nach dem Börsenkrach von 1924 vereitelten alle Hoffnungen auf eine neuerliche Unterbringung der Aktien im Publikum. Auch ausländische Käufer waren – von Einzelfällen abgesehen – nicht zum Erwerb österreichischer Industripapiere zu bewegen. Als die Weltwirtschaftskrise ausbrach, besaßen die Banken daher riesige Aktienpakete, die einem rapiden Entwertungsprozeß unterlagen. Und sie hatten Kredite vergeben, die immer weiter einfroren.

In den Inflationsjahren nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Wiener Großbanken zwar den wertvollsten Teil ihres Besitzstandes in den Nachfolgestaaten unter politischem Druck veräußern müssen. Sie waren aber dennoch Großaktionäre von Banken und Industrieunternehmen im Donaauraum geblieben. Sie hatten ausländische Aktien gleichsam „gehörtet“, einerseits als Wertsicherung gegen die Inflation, zum anderen in der Erwartung, den ausländischen Konzernfirmen später wiederum Kredite zur Verfügung stellen zu können.

Allerdings hätten die Wiener Banken – auf sich allein gestellt, den Versuch, eine zentrale Stellung im Wirtschaftsleben des Donaupraumes aufrechtzuerhalten, gar nicht in Angriff nehmen können. Ein solches Projekt war an den Zufluß westlichen Kapitals gebunden. Dieser Zufluß erfolgte in der Zeit bis 1923 in der Form von Beteiligungen am Aktienkapital. In den darauffolgenden Jahren strömten, angelockt durch das hohe Zinsniveau, hauptsächlich kurzfristige Auslandsgelder nach. Sie wurden an Banken im Donaauraum weitergegeben, zum größten Teil aber direkt der österreichischen und ostmitteleuropäischen Industrie zu Investitionszwecken zur Verfügung gestellt. Etwa $\frac{1}{3}$ der Aktiva der Wiener Großbanken dürfte zu Ende der 20er Jahre auf die Nachfolgestaaten entfallen sein.²⁰ Dies entsprach nur mehr einem Bruchteil des Geschäftsvolumens der Zeit vor 1914. Schon aus diesem Grund muß der Versuch, die Einflußsphäre in den Nachfolgestaaten zu bewahren, als gescheitert angesehen werden.

1931 trat mit der Krise der Creditanstalt ein Ereignis ein, das sich niemand in Österreich (und wahrscheinlich auch kein Mitglied der europäischen Finanzwelt) hatte vorstellen können. Sogar die „Arbeiter-Zeitung“ ließ sich unter dem Titel „Das Ende der Patrizier“ zu einem geradezu nostalgischen Kommentar hinreißen:

„Das alte Österreich verschwindet im Grunde erst jetzt. Die Habsburger sind 1918 gefallen und ihr Reich hatte sich aufgelöst; aber Rothschild und seine Bank waren geblieben: Hatten die Habsburger die Herrschaft in Prag, Lemberg, Budapest, Agram verloren – die Kreditanstalt Rothschilds hatte sich in Prag, Lemberg, Budapest, Agram immer noch starke Machtstellungen bewahrt. Jetzt bricht auch das zusammen. Die Bank, deren Präsident Rothschild ist, ist gefallen – fielen die Habsburger, müssen die Rothschild nach . . .

Der politischen Auflösung des alten Reiches folgt die wirtschaftliche. Damit bricht die Klasse zusammen, die die Nutznießerin, die Trägerin, die ökonomische Beherrscherin des alten Reiches gewesen ist: das Alt-Wiener Patriziat. Die Klasse, die die Trägerin der spezifisch Wiener, spezifisch schwarzgelben Kultur gewesen ist, löst sich auf.“²¹

Die Bedeutung Wiens als Finanzzentrum basierte von Anfang an auf der Fähigkeit der Mobilbanken, die Finanzierungsbedürfnisse der Industrie im gesamten Donauraum zu befriedigen, ohne dadurch selbst an Beweglichkeit einzubüßen. Schon im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg hatten sich deutliche Zeichen einer Anspannung gezeigt: Die Banken waren wiederholt gezwungen, ihr eigenes Kapital zu erhöhen, weil sie durch langfristige Kreditvergaben und den Besitz großer Aktienpakete immobilisiert waren.²²

Nach 1918 waren – angesichts der chronischen Stagnation der österreichischen Wirtschaft und der schwierigen Verhältnisse im Donauraum – krisenhafte Erschütterungen im Wiener Bankwesen wohl vorprogrammiert. Für einen historischen Betrachter ist es jedoch verführerisch, sich ein alternatives Programm auszumalen:

Vermutlich hätten die Banken die 20er Jahre besser überstanden, wenn sie es sich versagt hätten, allen an sie gestellten Finanzierungsansprüchen nachzukommen. In der Tat haben ja auch jene Banken, die die größte Zurückhaltung an den Tag legten, mit geringeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt als die expansiven Institute.²³ Mit anderen Worten: Die Bankiers und die verantwortlichen Politiker hätten die sukzessive Liquidation des Finanzplatzes Wien bewußt selbst in die Wege leiten müssen. Dies hätte die planmäßige Aufgabe all jener wirtschaftlichen Positionen im Donauraum ermöglicht, die nach 1931 unter Druck, überstürzt und großen Verlusten letzten Endes doch geräumt werden mußten. Zu einer solchen defensiven Einstellung konnte sich jedoch eine Generation von Entscheidungsträgern nicht durchdringen, die ihre prägenden Erfahrungen in der Periode hohen Wachstums vor dem Ersten Weltkrieg gesammelt hatte.

Anmerkungen

- 1 Gustav Stolper, *Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem*, München 1921, S. 115.
- 2 Den besten Überblick über die Bankprobleme dieser Zeit vermitteln: Karl Ausch, *Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption*, Wien – Frankfurt – Zürich 1968 und Gustav Wärner, *Das österreichische Kreditwesen*, Wien 1936.
- 3 Eric Hobsbawm, *The Age of Captial 1848–1875*, London 1975.
- 4 Zur Geschichte der Wiener Börse siehe: Franz Baltzarek, *Die Geschichte der Wiener Börse*, Wien 1973.
- 5 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Bd. 1, Frankfurt/Main 1970, S. 170.
- 6 Siehe dazu: Eduard März, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I.*, Wien 1968, S. 15 ff.
- 7 Zur Geschichte der Länderbank siehe: Alois Piperger, *100 Jahre Österreichische Länderbank 1880–1980*, Wien 1980.
- 8 Zu Ungarn vgl.: Ivón T. Berend/György Rónki, *Ungarns wirtschaftliche Entwicklung 1849–1918*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 1: *Die wirtschaftliche Entwicklung*, hrsg. von A. Brusatti, Wien 1973, S. 466 ff.
- 9 Vgl. Richard Rudolph, *Banking and Industrialization in Austria-Hungary*, Cambridge 1976, S. 96 ff; sowie: Alois Mosser, *Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880–1913*, Wien 1980, S. 17 f und 137 f.
- 10 John Komlos, *The Habsburg Monarchy as a Customs Union*, Princeton 1983, S. 131 f und 154 f.
- 11 I. T. Berend/G. Rónki, *Hungary. A Century of Economic Development*, New York 1974, S. 72 ff.
- 12 Joseph Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1952⁵, S. 140 ff.
- 13 Siehe: März, *Industrie- und Bankpolitik*, S. 298 ff; Berend/Rónki, *Development* S. 56 f.
- 14 Walter Reik, *Die Beziehungen der Großbanken zur Industrie*, Wien 1932, S. 24 f; Eduard März, *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923*, Wien 1981, S. 73 ff und 537.
- 15 Oskar Stillich, *Geld- und Kreditwesen*, Berlin 1907, S. 169.
- 16 Rudolph, S. 129 ff.
- 17 Vgl. Jurij Křížek, *Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit (1900–1914)*, Prag 1963.
- 18 Siehe dazu und zum folgenden: Eduard März, *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923*, Wien 1981, S. 284 f, 333 ff und 345 ff.
- 19 Walther Federn, *Der Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 67. Bd. (1932), S. 411 f. Der Aufsatz enthält auch Informationen, auf die wir uns im folgenden stützen.
- 20 Dies ist der Eindruck, den man aus den spärlichen zeitgenössischen Quellen (Daten zur Zahlungsbilanz, Geschäftsberichte der Banken) gewinnt.
- 21 *Arbeiter-Zeitung*, 9. Juni 1931.
- 22 Siehe den kritischen Kommentar: *Die Kapitalserhöhungen der Banken*, in: *Der österreichische Volkswirt*, 21. Februar 1914, S. 324 f.
- 23 Dies gilt insbesondere für die Länderbank. Siehe: Piperger, S. 110 ff.